

Breslauer



Zeitung.

No. 70. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag den 10. Februar 1860.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 9. Februar, Abends. Die „Börsenhalle“ meldet aus Kopenhagen vom heutigen Tage, daß in Folge des Ablebens des Conseilpräsidenten Notwitt die übrigen Minister ihre Demission eingereicht haben und daß dieselbe vom Könige angenommen worden sei.

Paris, 9. Februar. Ueber einen Aufstand in Konstantinopel ist bis jetzt nichts Offizielles bekannt geworden.

Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Antibes, einer französischen Stadt am mittelländischen Meere, vom heutigen Tage meldet: Gestern hat eine neue Manifestation im königlichen Theater zu Nizza stattgefunden. Zwei Dritteltheile der Anwesenden bestanden aus Fremden. Sämmtliche Schüler des College royal waren anwesend. Von der italienischen Partei ist Geld vertheilt worden, um Unordnung hervorzurufen. Die Bevölkerung war ruhig. In Nizza stehen zwei Regimenter.

Turin, 9. Februar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom 6. d. M. wären die Ansichten des Ministeriums noch schwankend und wäre der Gedanke, die Armee die Grenze überschreiten zu lassen, nicht aufgegeben. In Neapel bei Neapel hatte eine revolutionäre Bewegung stattgefunden und war der Belagerungszustand erklärt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Flensburg, 9. Febr. In der schleswighischen Ständeverammlung wurde gestern der Antrag Thomsen's, den vormaligen Minister, Kammerherrn Wollhagen, in Anklage zu versetzen, mit 25 gegen 15 Stimmen angenommen.

London, 9. Febr., Vormitt. Die heutige „Morning-Post“ sagt: Das Oberhaus habe keine Gründe gegen die Vereinigung Savoyens mit Frankreich angeführt. Savoyen habe schon eine Vereinigung mit Frankreich gewünscht, als noch Louis Philipp König von Frankreich war. Savoyen blide auf Turin als fremde Herrschaft, wie die Lombardie auf Wien geblickt habe.

Preußen.

Berlin, 9. Februar. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Lissabon, Kammerherrn Freiherrn v. Rosenberg, und dem Ober-Post-Direktor Plath zu Bromberg den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, so wie den Konsuln Friedrich Wilhelm Hthoff zu Cadix und Vincent Ferrer v. Batural zu Valencia, und dem Kreisgerichts-Sekretär, Kanzleirath Pape zu Erfurt den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath v. Ostfelder, bisher vortragenden Rath im Ministerium des königlichen Hauses, zum Direktor in demselben zu ernennen; dem Stadtgerichts-Präsidenten Holzappel hierseits den Rang eines Rathes zweiter Klasse beizulegen; den Regierungsrath v. Dresler, bisher in Liegnitz, zum Ober-Regierungsrath und Regierungsrath-Abtheilungs-Direktoren zu ernennen; und dem praktischen Arzt Dr. Funge zu Friedeberg a. N. den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der bisherige Privat-Dozent Dr. Schulz-Fleeth hierseits ist zum außerordentlichen Professor für das Fach der Landwirtschaft in der philosophischen Fakultät der hiesigen königlichen Universität ernannt worden.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem königlich württembergischen Konsul Karl Weegmann zu Köln die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Baiern Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens vom heiligen Michael zu ertheilen.

Berlin, 9. Februar. [Vom Hofe.] Se. k. H. der Prinz-Regent nahm im Laufe des heutigen Vormittags den Vortrag des Kriegsministers, General-Lieutenants v. Roon, und des General-Majors Freiherrn v. Mantuffel entgegen, und empfing die Minister v. Auerswald, Simons und v. Bethmann-Hollweg. — Ihre k. H. der Prinz-Regent und die Frau Prinzessin von Preußen und andere Mitglieder der königlichen Familie erschienen gestern Abend in der Soiree, die im Hotel Radziwill stattfand.

Die Hof-Jagd, welche morgen in der freienwalder Forst abgehalten werden sollte, ist abbestellt worden, und werden sich morgen Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent und die königlichen Prinzen nach der Kunitzsdorfer Forst begeben und daselbst mit anderen hohen Herrschaften und hochgestellten Personen der Treibjagd beizubringen. Nach dem Schluß der Jagd wird das Dejeuner im Freien eingenommen und kehren alsdann die hohen Herrschaften von Potsdam nach Berlin zurück.

[Ueber die Verhandlungen zwischen England und Hannover wegen des stader Zolles] brachte vor einigen Tagen eine telegraphische Depesche eine etwas unklare Nachricht. Wie der „M. K.“ von guter Seite hört, verhält es sich damit folgendermaßen: Der englische Vertrag vom 22. Juli 1844 läuft am 16. Febr. d. J. ab. England hat Hannover eine Frist von 3 Monaten vom 16. Februar an gestellt, binnen welcher es in allgemeinen Konferenzen mit sämmtlichen Theilnehmern die Sache regeln solle. Hannover beforcht, daß diese Konferenzen dem Zoll ein Ende machen könnten. Es lehnt die allgemeinen Konferenzen ab und will einen Spezial-Vertrag mit England. Hannover hofft, in besonderen Verhandlungen mit England größere Vortheile zu erlangen und möchte dann nach dem Vorgange des gewünschten Spezial-Vertrages mit England ähnliche Verträge mit den andern theilnehmenden Staaten abschließen resp. erneuern.

Berlin, 9. Februar. [Die Wahrhaftigkeit Lord Russells. — Hr. v. Wildenbruch.] In Bezug auf die in einer londoner Depesche enthaltene Stelle, in welcher es heißt:

„Lord John Russell fügte hinzu, daß Mittheilungen über die gestellten Anträge an Rußland und Preußen gemacht worden seien,

daß von Seiten Rußlands keine Antwort erfolgt sei, daß aber Preußen sich zustimmend geäußert habe.“

wird uns von unterrichteter Seite die Mittheilung, daß eine „Zustimmung“ Preußens in der Allgemeinheit, in welcher sie nach der Fassung des Telegramms gegeben sein müßte, nicht ertheilt ist.

Von anderer Seite wird uns mitgetheilt, Preußen habe sich über die englischen Propositionen noch gar nicht erklärt.

Ueber die Sendung des Herrn v. Wildenbruch nach Mittelitalien erfahren wir, daß dieselbe auf eine längere Dauer berechnet ist, vorausgesetzt, daß inzwischen nicht eine anderweitige Verwendung des Herrn v. Wildenbruch im diplomatischen Dienst beliebt werden sollte. Eine solche wird namentlich im Zusammenhange mit einer wahrscheinlichen Veränderung in der Vertretung Preußens an einem der nordischen Höfe in Aussicht genommen.

Oesterreich.

Wien, 8. Februar. [Der Bericht der Staatsschulden-Commission.] Die „Wiener Zeitung“ enthält den (in telegr. Auszüge mitgetheilten) Bericht der Staatsschulden-Commission. Darnach sollen alle in dem Tilgungsfonds enthaltenen Schuldpapiere gelöst und vertheilt werden. Die Staatsschuld im Ganzen wird dadurch um 143,053,430 fl. 59 Kr. und um ein jährliches Zinsenerforderniß von 5,957,583 fl. 81 1/2 Kr. öst. W. verringert. In dem Berichte heißt es dann:

„Mit voller Zuversicht kann vorausgesetzt werden, daß durch die Tilgung eines so beträchtlichen Theiles der Staatsschuld das in Folge der Ereignisse seit dem Jahre 1848 erschütterte Vertrauen erhöht, der Staatskredit gehoben, somit die von Sr. Majestät stets beabsichtigte Wohlfahrt des Kaiserthums wesentlich gefördert wird.“

Zur weiteren Förderung dieser landesväterlichen Absicht erkennt die treugehörigste Staatsschulden-Commission als einen der wichtigsten Hebel — die baldigste Kräftigung der privilegierten österreichischen Nationalbank, welche in erster Linie nur durch eine sofortige Verminderung ihrer Forderungen an den Staat bewirkt werden kann.

In gewissem Maße Auffassung der von Sr. Majestät der treugehörigsten Staatsschulden-Commission übertragenen wichtigen Aufgaben erlaubt sich dieselbe den allerunterthänigsten Antrag: Sr. Majestät mögen allergnädigst geruhen, die aus dem Vermögen des aufgelösten Tilgungsfonds vorhandenen 5% Grundentlastungs-Obligationen im Gesamtbetrage von 9,522,410 fl., dann die vom 1. Juli 1860 bis dahin 1863 rückzahlbaren 4% Schuldverschreibungen der priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn-Aktien-Gesellschaft im Betrage von 1,750,000 fl., ferner die 3% vom 1. Januar 1863 an verzinssenden und von dieser Zeit bis 1. Januar 1872 rückzahlbaren Schuldverschreibungen der priv. galizischen Karl-Ludwig-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft im Betrage von 13,989,642 fl., zusammen 25,262,052 fl. in Conventionsmünze oder 26,525,154 fl. 60 Kr. in österr. Währung, endlich die 5% vom Jahre 1871 bis 1906 verloszbaren Prioritäts-Obligationen der priv. Aelch-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft im Betrage von 15,750,000 fl. österr. W., daher im Ganzen mit dem Nominalkapitale von 42,275,154 fl. 60 Kr. in österr. W. — nach ihrem zu ermittelnden Werthe an die priv. österreich. Nationalbank zu überweisen, und zwar als eine Abschlagszahlung auf die von derselben im Vorjahre, gegen das mit allerhöchster Entschliebung vom 24. April 1859 verfügte Staatsanleihen der Finanzverwaltung geleisteten Vorstöße im Betrage von 133,000,000 fl. österr. W.

Im Falle der allerhöchsten Genehmigung dieses allerunterthänigsten Antrages würden nicht nur diese, ohnehin nur zur Verminderung der Staatsschuld bestimmten, zur Vertheilung aber nicht geeigneten Werthebesten ihre zweckmäßigste und erfolgreichste Verwendung finden, sondern auch der Finanzverwaltung dadurch die zur Abtragung der Staatsschuld an die Nationalbank beabsichtigten Operationen erleichtert, und der hierzu erforderliche Betrag um eine bedeutende Summe vermindert werden.“

Frankreich.

Paris, 7. Februar. [Zur Situation.] Ueber die Vorgänge der letzten Wochen erfahre ich folgende Einzelheiten, die ich, wiewohl sie mit den Angaben der Blätter im Widerspruch stehen mögen, nichtsdestoweniger für authentisch halten zu dürfen glaube. Der Kaiser scheint jedem Projekte abgeneigt, welches ganz Mittel-Italien an Piemont gäbe. Die bereits erwähnte Depesche des Herrn v. Thouvenel, welcher ein Brief des Kaisers an den König Victor Emanuel Nachdruck gab, erklärte, der Kaiser neige zur Bildung einer mittelitalienischen Regierung, er wolle nur mit größter Mäßigung verfahren, er sei entschlossen, sich Europa nicht zu entfremden und nicht einen neuen Krieg zu wagen. Besonders wurde hervorgehoben, was Toscana angehe, dürfe man nicht an Annexion denken. Sie können sich vorstellen, welchen Eindruck eine solche Erklärung in Turin hervorbrachte. Savour erkannte am Ton der Schreiben sehr gut, daß der Gedanke des Kaisers feststehe. Er suchte Zeit zu gewinnen, und ließ einige Tage vergehen, ohne sich mit der Antwort zu beschäftigen. Damit war man aber hier durchaus nicht einverstanden: Herr v. Thouvenel ließ eine zweite Depesche abgehen, welche das neuerliche Rundschreiben Savour's sehr streng tadelte und fast gebieterisch eine Antwort forderte. In Turin suchte man nach Ansichten, um die Frage hinauszuschieben, bis gewisse Ereignisse eintreten, beschleunigte aber sofort die Sendung von Mannschaften und allerlei Militäreffekten, um die mittelitalienische Armee an einen respektablen Fuß zu bringen, welche bekanntlich noch immer unter dem Befehl des Kriegsministers Fanti steht. Da kam am Sonnabend eine dritte Depesche von Paris, welche in der kürzesten Zeit eine kategorische Antwort forderte. Sofort wurde Ricasoli, den man wegen Toskana's hören mußte, nach Turin beschieden, hierher aber geantwortet, Savour werde den Ritter Nigra, seine rechte Hand senden, um die Antwort Piemont's zu überbringen. Nigra sollte diese Nacht ankommen und zwar vom Grafen Arese begleitet, einem Mann, von dessen Einfluß beim Kaiser man hofft, er werde einen großen Theil der Schwierigkeiten beseitigen. Graf Arese, aus einer großen italienischen Familie, nicht von hervorragender Intelligenz, aber von großer Rechtschaffenheit, war ein Begleiter Napoleons auf seiner Reise nach Amerika und ist von daher mit ihm befreundet. Nur dürfen Sie aus meinen Worten nicht eben schließen, daß die Restauration des Großherzogs von Toskana eine abgemachte Sache sei; nichts weniger als das. Vielleicht liegt ein solcher Plan den Gedanken des Kaisers zu Grunde, um dadurch zu einer Verständigung mit Oesterreich zu gelangen, wenn dieses dafür den Papsst vollständig aufgibt. Einstweilen wird noch viel von allgemeiner Abstimmung und von verschiedenen Kandidaten die Rede sein, unter denen der Herzog von Genua und der Prinz Napoleon besonders hervorzuhellen sind. Die Kandida-

tur des Letzteren halte ich indeß nicht für ernsthaft. Auf jeden Fall scheint dem Kaiser sehr daran zu liegen, der gegenwärtigen Verwickelung ein Ende zu machen. Rußland erklärt sich sehr klar und bestimmt gegen alle zu Gunsten Frankreichs projectirten Territorialveränderungen. Die Annexion Savoyens und Nizzas stößt auf große Schwierigkeiten.

Paris, 7. Febr. [Vom Hofe.] Prinz Joachim Murat ist, wie der „Moniteur“ heute meldet, vorgestern im Auftrage des Kaisers nach Karlsruhe abgereist, um dem Leichenbegängnisse der Großherzogin Stephanie von Baden beizuwohnen. Ferner zeigt das amtliche Blatt an, daß der König von Sardinien 790 Kreuze des Sanct Mauritius- und Lazarus-, so wie des savoyischen Militär-Ordens und mehr als 8000 Medaillen für Tapferkeit zur Vertheilung in der französischen Armee, welche für die Unabhängigkeit Italiens gekämpft, zur Verfügung gestellt habe. Der „Moniteur“ fügt hinzu: „In Erwiderung dieser Ehrenbezeugung hat der Kaiser die Offiziere, welche sich in der sardinischen Armee ausgezeichnet haben, sich namhaft machen lassen und in den Orden der Ehrenlegion aufgenommen.“

Wie der „Independ.“ von hier geschrieben wird, hat dieser Tage der Kaiser mehrere französische Bischöfe auf deren Bitte in besonderer Audienz empfangen, ihre Besorgnisse über die Situation des päpstlichen Stuhles angehört und darauf erwidert, daß er die Dinge nicht so schwarz sehe, wie sie, und auch nicht daran denke, den Papsst aus Rom hinauszudrängen; im Gegentheil würden die französischen Truppen daselbst unablässig über seine Sicherheit wachen. Sollte der heilige Vater aber dessen ungeachtet vorziehen, Rom zu verlassen, so würde er, der Kaiser, seine Truppen doch nicht zurückziehen, sondern das französische Gezei in den römischen Staaten einführen und die Verwaltung, Justiz, Finanzen, Polizei u. ganz nach französischem Muster organisiren. Wenn dann das Volk durch diese Reformen zufrieden gestellt, Ruhe und Ordnung zurückgekehrt sei, so würde Se. Heiligkeit in Rom die vollkommenste Sicherheit finden; falls sie sich aber weigern sollte, unter diesen verbesserten Umständen nach Rom zurückzukehren, so würde der Kaiser mit den Großmächten Europa's weiter sehen, was in der Sache zu thun sei.

[Der englisch-französische Handelsvertrag.] In der Sitzung des Unterhauses vom 7. Februar Abends bezeichnete Lord J. Russell eine in einer londoner Correspondenz der „Independance“ enthaltene Analyse des Handelsvertrags als der Hauptsache nach richtig. Danach wären die Bestimmungen des Vertrages folgende: Aufhebung der Zölle auf alle Erzeugnisse der französischen Manufakturen; Gleichstellung der Zölle für französische Spirituosen mit denen aus den englischen Kolonien. Der Zoll für erstere betrug bisher 15 S., der für letztere 7 S. per Gallone. In Zukunft wird für beide der Zollsatz von 7 S. gelten. Die Gallone hält etwa 5 Litres. Ferner sofortige Ermäßigung des Zolles auf französische Weine um 2 S. 9 D. per Gallone; da der bisherige Zollsatz 5 S. 9 D. betrug, so wird der neue nur 3 S. betragen; weitere Herabsetzung des Zolles vom 1. April 1861 an. Von jenem Tage an wird das Minimum des Zolles 1 S., das Maximum 2 S. betragen, je nach dem Alkohol-Gehalte der Weine. Sodann bloß nomineller Zoll auf Getreide, Mehl und die aus Mehl bereiteten Artikel; sodann mehr oder weniger bedeutende Ermäßigung der auf allen anderen aus Frankreich importirten Artikeln lastenden Abgaben. England behält sich das Recht vor, die anderen Nationen an diesen Zoll-Ermäßigungen Theil nehmen zu lassen, so wie auch das Recht, die Wein- und Spirituosenzölle später zu modifiziren, wenn Neuerungen in der englischen Arie derartige Veränderungen als wünschenswerth erscheinen lassen sollten. Frankreich seinerseits macht sich zu folgenden Zugeständnissen an England anheischig, von denen jedoch kein einziges sofort ins Leben treten wird: Ermäßigung des Zolles auf englische Steinkohlen und Gutes bis auf den Satz, welchen die gleichen Erzeugnisse Belgiens entrichten; Aufhebung der Zölle auf Leinwand und Baumwolle; Ermäßigung der Zölle auf Eisen und Maschinen; Aufhebung der Einfuhr-Verbote, an deren Stelle ein Werth-Zoll treten soll, der dreißig Prozent nicht übersteigen darf.

Großbritannien.

[Parlaments-Verhandlungen vom 6. Februar.] Als Antwort auf eine Frage Lord Vivian's erklärt der Unterstaats-Sekretär des Krieges, Carl von Ripon, die Freiwilligen-Corps seien so constituirte, daß die Regierung die stärkste Hoffnung hege, sie würden eine werthvolle Vermehrung der defensiven Streitkräfte des Landes bilden. Die Regierung habe die Absicht, allen wirklichen Mitgliedern jener Corps Wachen, nicht aber Kleidung zu liefern. Auch werde sie für die Ernennung tüchtiger Adjutanten sorgen. Die Zahl der bis jetzt eingetretenen Freiwilligen belaufe sich auf 60—70,000 Mann und sei täglich im Zunehmen begriffen. Die Regierung sei nicht Willens, das Prinzip des freiwilligen Dienstes dadurch zu verletzen, daß sie die freiwilligen Artilleristen während der Uebungszeit besoldet. Doch wolle sie das Gelingen des neuen Instituts dadurch begünstigen, daß sie im ganzen Lande ein System der Inspection einführe. Die Ernennung von Exercir-Meistern für sämmtliche Corps von Seiten der Regierung sei schon des Kostenpunktes wegen nicht thunlich. Doch seien Anstalten getroffen worden, um es den Freiwilligen leicht zu machen, sich auf ihre eigenen Kosten Unteroffiziere zum Exercirciren zu verschaffen. Der Marquis von Normanby kündigt an, er werde am nächsten Tage beantragen: „Ihrer Majestät in einer Adresse vorzustellen, daß, wie diesem Hause mitgetheilt worden ist, ihre Regierung der französischen die Einwände dargelegt hat, welche Ihrer Majestät Regierung gegen die Einverleibung Savoyens und Nizzas erhebt, und Ihre Majestät zu bitten, daß sie ihre Regierung anweise, sich nach besten Kräften zu bekümmern, die Abtretung dieser Gebiete an Frankreich zu verhindern.“ Auf Fragen Lord Donoughmore's und Lord Derby's entgegnete der Earl von Granville, der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag werde veröffentlicht werden, wenn der Schatzkanzler seine Finanzvorlage mache, damit er zugleich mit dem Budget erörtert werden könne.

Unterhaus-Sitzung. Eine Anzahl Petitionen, welche auf Abschaffung der Papiersteuer dringen und von den Eigenthümern, Druckern und Herausgebern verschiedener Zeitungen, so wie von verschiedenen Vereinen herrühren, werden eingereicht. Lord Palmerston: Ich bemerke die erste Gelegenheit, um die Nachsicht des Hauses in Anspruch zu nehmen und mitzutheilen, wie mir es mit der Finanz-Vorlage halten werden. Wahrscheinlich weiß das Haus, daß mein sehr ehrenwerther Freund, der Schatzkanzler, wegen seines unglücklichen Unwohlseins nicht im Stande ist, heute damit hervorzuk-

